



Rubrik vom 22. Februar 2007

Gewerbeverband der Stadt Zürich

Projekt Sihlcity: 1.8 Millionen für Gebühren

Die Stadtverwaltung hat seit einiger Zeit eine ergiebige Einnahmequelle entdeckt: die Gebühren. So kommt es, dass für das Bauprojekt Sihlcity satte 1.8 Millionen an Bewilligungsgebühren in die Stadtkasse flossen. Die Medien haben schon mehrfach kritisch über diese Gebührenorgie berichtet. Sogar die Luft über dem Trottoir ist sehr teuer: In einem Fall kassierte die Stadtverwaltung 1500 Franken Jahresmiete für drei Minipatch-Antennen der Swisscom, eine ragt 19 Zentimeter, die anderen beiden knapp vier Zentimeter über die Hausfassade hinaus. Für den Storenkasten eines kleinen Boulevardcafés waren 28'700 Franken an Gebühren fällig; nach einem Entscheid des Verwaltungsgericht musste der Betrag jedoch auf 11'000 Franken reduziert werden – immer noch ein stattlicher Betrag.

Gebühren sind Preistreiber

Man könnte sich damit trösten, dass die Gebühren, die in die Stadtkasse fliessen, irgendwie wieder der Allgemeinheit zu Gute kommen. Das stimmt, aber nur auf den ersten Blick. Auf den zweiten Blick erkennt man, dass sämtliche Kosten überwältzt werden müssen, und zwar auf die Kund/innen bzw. Konsument/innen. Bei einem Kaffee mag es für die meisten nicht drauf ankommen, ob sie einen Zehner oder Zwanziger mehr bezahlen. Bei grösseren Haushaltsposten, zum Beispiel beim Mietzins, sind jedoch schon wenige Prozente Preisaufschlag im Portemonnaie spürbar.

Gewerbe fordert 15% Gebührenreduktion

Deshalb fordert die KMU-Gruppe im Gemeinderat, dass die Gebühren für die Prüfung von Baugesuchen linear um mindestens 15% gekürzt werden. Die Gebührenhöhe ist nämlich nicht Geschmacksache, sondern muss sich gemäss Verwaltungsrecht am Aufwand orientieren. Im Falle Sihlcity müsste also ein Kreisarchitekt ca. neun Jahre lang arbeiten, um die 1.8 Millionen zu rechtfertigen. Das zeigt, dass die Gebühren nicht mehr im Lot sind. Auch darf es nicht sein, dass bei kleinen Projekten die Gebühren höher ausfallen als die gesamte Investitionssumme. Der Stadtrat wird nun vom Zürcher Gemeinderat aufgefordert, einen reduzierten Gebührentarif vorzulegen, damit die Baukosten reduziert – und so auch die Mietkosten gedämpft werden.

Richard Späh, Präsident
Gewerbeverband der Stadt Zürich
www.gewerbezuersch.ch